



Niederschrift
über die 11/22. Sitzung
des Haupt- und Finanzausschusses
am Montag, 29.01.2024

Ort der Sitzung: **Ratssaal, Himmeroder Hof, Himmeroder Wall 6, 53359 Rheinbach**

Beginn: **18:00 Uhr**

Ende: **20:14 Uhr**

Von den Mitgliedern waren
anwesend:

Entschuldigt:

Verwaltung / Gäste:

Bürgermeister
Banken, Ludger

Ratsmitglieder (CDU)
Rick, Ilka

Erste Beigeordnete
Hoffmann, Daniela

Ratsmitglieder (CDU)
Burke, Thomas
Pütz, Markus
Schneider, Joachim
Schragen, Georg
Vertretung für Ratsfrau Rick

Ratsmitglieder (SPD)
Lüdemann, Jürgen
Ratsmitglieder
(B'90/Die Grünen)
Nagel, Axel

Fachbereichsleiterin
Thünker-Jansen, Margit

Fachbereichsleiter
Rösner, Wolfgang

Ratsmitglieder (SPD)
Kerstholt, Karl Heinrich
Vertretung für Ratsherrn Lüdemann
Koch, Martina
Wilmers, Georg, Dr.

Fachgebietsleiter
Grap, Volker

Sachgebietsleiter
Evert, Carsten

Ratsmitglieder (UWG)
Huth, Dieter
Meyer, Jörg

Schriftführer
Sauren, Norbert

Ratsmitglieder (FDP)
Rentzsch, Jana

Ratsmitglieder
(B'90/Die Grünen)
Lenke, Nils, Dr.
Schiebener, Heribert
Vertretung für Ratsherrn Nagel

Tagesordnung

zur 11/22. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Montag, 29.01.2024

TO-Punkt Nr.	Beratungsgegenstand	Vorlagen- Nr.
A)	ÖFFENTLICHE SITZUNG	
1	Bestellung der Schriftführung für den Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Rheinbach gemäß § 58 Absatz 7 Gemeindeordnung NRW (GO NRW)	BV/2085/2024
2	Bürgeranträge ./.	
3	Ortsrecht ./.	
4	Allgemeine Angelegenheiten	
4.1	Beitritt der Stadt Rheinbach zum Netzwerk Stadtentwicklung NRW als Folgeorganisation des Forum Baulandmanagement NRW	BV/2082/2024
5	Finanzangelegenheiten	
5.1	Errichtung einer Leichtbauhalle in Flerzheim durch den Ortsausschuss hier: Unterstützungsleistungen der Stadt Rheinbach	BV/2083/2024
5.2	Priorisierung von Investitionsmaßnahmen und Projekten der Stadt Rheinbach -Maßnahmen des Gebäudemanagements	BV/2078/2024
5.3	Genehmigung des Forstwirtschaftsplan 2024	BV/2081/2024
5.4	Stellenplan 2024	BV/2076/2024
5.5	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024	BV/2079/2024
5.5.1	Begleitantrag der UWG-Fraktion vom 25.01.2024 zur Beratung des Haushaltsentwurfs 2024 bezüglich des Geländes der "Albert-Schweizer-Schule"	AN/0621/2024

5.5.2	Begleitantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 25.01.2024 zur Beratung des Haushaltsentwurfs 2024	AN/0622/2024
5.5.3	Begleitantrag der SPD-Fraktion vom 26.01.2024 zur Beratung des Haushaltsentwurfs 2024	AN/0623/2024
5.6	Ermächtigungsübertragung für Investitionsauszahlungen des Jahres 2023	BV/2077/2024
6	Grundstücksangelegenheiten ./.	
7	Bau- und Planungsangelegenheiten ./.	
8	Anträge von Fraktionen und Ratsmitgliedern	
8.1	Antrag der UWG-Fraktion vom 08.11.2023 zum Dorfteich Ramershoven	AN/0618/2023
9	Mitteilungen des Vorsitzenden	
B)	NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG	
10	Allgemeine Angelegenheiten ./.	
11	Finanzangelegenheiten ./.	
12	Grundstücksangelegenheiten	
12.1	Gesetzliche Vorkaufsrechte nach § 24 ff. BauGB und § 31 DSchG NRW; hier: Grundstück Gemarkung Rheinbach, Flur 22, Flurstück 19	BV/2071/2024
12.2	Gesetzliche Vorkaufsrechte nach § 24 ff. BauGB und § 31 DSchG NRW; hier: Grundstück Gemarkung Rheinbach, Flur 25, Flurstück 80	BV/2074/2024
12.3	Erwerb einer Wirtschaftswegeparzelle in der Gemarkung Hilberath, Flur 14, Flurstück 44	BV/2073/2024
13	Bau- und Planungsangelegenheiten ./.	

14 Personalangelegenheiten

14.1 Stellenbesetzungsplan 2024

PV/0030/2024

15 Mitteilungen des Vorsitzenden

Niederschrift	11/22. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
Datum	Montag, 29.01.2024

Bürgermeister Banken eröffnet die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und begrüßt alle Ausschussmitglieder, die Beschäftigten der Verwaltung, die Gäste und die Pressevertreter.

Er stellt fest, dass zur heutigen Sitzung frist- und formgerecht mit Schreiben vom 17.01.2024 eingeladen wurde und der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist. Die Unterlagen zum Tagesordnungspunkt 5.2 wurden mit Schreiben vom 24.01.2024 nachgereicht. In diesem Zusammenhang wurde auf eine Änderung in der Beschlussvorlage BV/2076/2020 – Stellenplan 2024 hingewiesen. Mit gleichem Schreiben wurde außerdem die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt 1 „Bestellung der Schriftführung für den Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Rheinbach gemäß § 58 Absatz 7 Gemeindeordnung NRW (GO NRW)“ erweitert.

Die bei der Verwaltung nach der Einladung eingegangenen Haushaltsbegleitanträgen von den Fraktionen der CDU/Bündnis'90/Die Grünen und UWG vom 25.01.2024 sowie der SPD-Fraktion 26.01.2024 wurden umgehend von der Verwaltung im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt.

Da es keine Anmerkungen seitens der Ausschussmitglieder gibt, lässt Bürgermeister Banken über die Anerkennung der Tagesordnung abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der vorgelegten Tagesordnung einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

Niederschrift	11/22. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
Datum	Montag, 29.01.2024

A) ÖFFENTLICHE SITZUNG

TOP	1	Bestellung der Schriftführung für den Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Rheinbach gemäß § 58 Absatz 7 Gemeindeordnung NRW (GO NRW)
-----	---	---

Beschluss																													
<p>1. Der Haupt- und Finanzausschuss bestellt den Verwaltungsbeamten Norbert Sauren zum Schriftführer für die Niederschrift der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses gemäß § 58 Absatz 7 GO NRW.</p> <p>2. Der Haupt- und Finanzausschuss bestellt für seine Wahlzeit 2020 bis 2025 die Verwaltungsangestellte Sonja Nawrath zur stellvertretenden Schriftführerin für die Niederschrift der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</p> <table border="1" data-bbox="213 913 1158 1088"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>			CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA	X	X	X	X	X	X	NEIN							ENTHALTUNG						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																							
JA	X	X	X	X	X	X																							
NEIN																													
ENTHALTUNG																													

TOP	2	Bürgeranträge
-----	---	---------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

TOP	3	Ortsrecht
-----	---	-----------

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

TOP	4	Allgemeine Angelegenheiten
-----	---	----------------------------

TOP	4.1	Beitritt der Stadt Rheinbach zum Netzwerk Stadtentwicklung NRW als Folgeorganisation des Forum Baulandmanagement NRW
-----	-----	--

Beschluss	
<p>Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, dem „Netzwerk Stadtentwicklung NRW“ beizutreten.</p>	

Abstimmungsergebnis: eingestimmt zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP	5	Finanzangelegenheiten
-----	---	-----------------------

TOP	5.1	Errichtung einer Leichtbauhalle in Flerzheim durch den Ortsausschuss hier: Unterstützungsleistungen der Stadt Rheinbach
-----	-----	---

Die Fraktionen begrüßen das große Engagement des Ortsausschusses Flerzheim. Bürgermeister Banken sagt zu, dass Detailfragen zur Versicherung der Leichtbauhalle noch zwischen Stadtverwaltung und Ortsausschuss geklärt werden.

Beschluss

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Die Stadt Rheinbach stellt dem Ortsausschuss Flerzheim e.V. die für die Aufstellung einer Leichtbauhalle und notwendiger Nebenräume erforderliche Fläche auf dem Dorfplatz Flerzheim kostenfrei zur Verfügung.
2. Unter der Voraussetzung, dass die Anschaffungskosten (ca. 360.000 € bis 390.000 €) für die Interimslösung vollständig durch Spenden finanziert werden, beteiligt sich die Stadt Rheinbach an den jährlichen Betriebskosten durch Deckung des Fehlbetrages, der durch die tatsächlichen Kosten abzüglich des Eigenanteils des Ortsausschusses in Höhe von 5.800 € entsteht.
3. Sollten der finanzielle Aufwand für Fundamentierung und Erschließung i.H.v. ca. 60.000 € nicht durch Spenden finanziert werden und auch keine Refinanzierung über den Wiederaufbauplan möglich sein, trägt die Stadt Rheinbach diese Kosten.
4. Die Unterstützungsleistungen der Stadt Rheinbach zur Errichtung und den Betrieb der Leichtbauhalle in Form der kostenfreien Zurverfügungstellung der Aufstellfläche sowie der jährlichen Zuwendung zur Deckung der Betriebskosten entfallen mit der Inbetriebnahme der geplanten Turnhalle mit Mehrzweckfunktion.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Niederschrift	11/22. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
Datum	Montag, 29.01.2024

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP	5.2	Priorisierung von Investitionsmaßnahmen und Projekten der Stadt Rheinbach -Maßnahmen des Gebäudemanagements
-----	-----	---

Ratsherr Pütz (CDU) erklärt, dass man mit der Priorisierungsliste leben könne. Die Budgetierung habe Zustimmung in der Fraktion gefunden. Hinsichtlich des Vergabeverfahrens gelte es die weiteren Beratungen abzuwarten. Bezüglich der Beauftragung von Generalübernehmern empfiehlt er, diese als Ultima Ratio zuzulassen.

Ratsherr Dr. Wilmers (SPD) befürwortet, die Verfahrensweisen so effizient und effektiv wie möglich zu gestalten, um den bürokratischen Aufwand für die Verwaltung und den Rat gering zu halten.

Beschluss																																		
<p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1.) Der Rat stimmt der vorgenommenen Priorisierung der in den Anlagen 1, 2 und 3 aufgeführten Maßnahmen des Fachgebietes Gebäudemanagement zu. 2.) Der Rat strebt die Budgetbildung bei investiven Maßnahmen an. 3.) Der Rat strebt eine Beschleunigung der Vergabeverfahren an. 4.) Der Rat unterstützt den verstärkten Einsatz externer Berater und Projektsteuerer und unterstützt die Auftragsvergabe an Generalplaner, Generalunternehmer und als Ultima Ratio Generalübernehmer. <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</p> <table border="1" style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>								CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA	X	X	X	X	X	X	NEIN							ENTHALTUNG						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																												
JA	X	X	X	X	X	X																												
NEIN																																		
ENTHALTUNG																																		

Niederschrift	11/22. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
Datum	Montag, 29.01.2024

TOP	5.3	Genehmigung des Forstwirtschaftsplan 2024
-----	-----	---

Auf Nachfrage von Rats Herrn Huth (UWG) zu den Kosten in Höhe von 80.000 € für die Biotop-Baum-Kartierung, erinnert Dr. Lenke (Bündnis 90/Die Grünen) an die letztjährigen Diskussionen um die Teilstilllegung der Bewirtschaftung des Stadtwaldes. Seinerzeit sei man dem Vorschlag von Stadtförster Tölle gefolgt, dies nur teilweise und stellenweise zu tun und, mit Hilfe der biologischen Station, Biotop-Bäume einzeln zu ermitteln. Durch die Bildung eines entsprechenden Radius um diese Bäume hätte man auch die erforderliche Fläche erreicht, die als „naturnahe Bewirtschaftung“ anerkannt wurde. Hierdurch werden jährlich Erlöse in Höhe von 75.000 € erzielt, die der einmaligen Ausgabe von 80.000 € entgegenstehen.

Beschluss						
Dem Forstwirtschaftsplan für 2024 wird in der vorgelegten Fassung zugestimmt.						
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP	5.4	Stellenplan 2024
-----	-----	------------------

Rats Herr Dr. Wilmers (SPD) fragt hinsichtlich des im Haushaltsbegleitantrag formulierten Wunsches nach der konkreten Benennung einer Stelle „Radverkehrsbeauftragte(r) und klimaschutzorientiertes Mobilitätsmanagement“ nach. Die Erste Beigeordnete Hoffmann erläutert, dass inzwischen alle Stellen im Sachgebiet Mobilität, Umwelt und Klimaschutz besetzt seien und dieses Sachgebiet auch die Angelegenheiten zur Förderung des Radverkehrs koordiniere.

Nachdem es keine weitere Wortmeldung gibt, lässt Bürgermeister Banken über den mit Hinweis vom 24.01.2024 geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss						
Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:						
Der Stellenplan 2024 wird in der vorgelegten Fassung mit Ausnahme der Stelle Nr. 61.20.48 (Friedhofsgärtner) beschlossen.						

Niederschrift	11/22. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
Datum	Montag, 29.01.2024

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP	5.5	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024
-----	-----	---

TOP	5.5.1	Begleit Antrag der UWG-Fraktion vom 25.01.2024 zur Beratung des Haushaltsentwurfs 2024 bezüglich des Geländes der "Albert-Schweizer-Schule"
-----	-------	---

Ratsherr Meyer (UWG) begründet den Antrag vor dem Hintergrund, dass das Ende der Nutzungsdauer der Albert-Schweitzer-Schule, u. a. als provisorische Kindertagesstätte, absehbar sei, das Gebäude ohnehin abgängig sei und es deshalb gelte, wegen langwieriger Planungsprozesse, in einen Denkprozess einzusteigen. So müsse man bspw. dringend die Kapazitäten von Pflegeeinrichtungen für verschiedene Bedürfnislagen ausbauen, wofür dieses Gelände geeignet sei.

Für Ratsherrn Dr. Lenke (Bündnis'90/Die Grünen) ist der Zeitpunkt ungeeignet, da die Nutzung des Gebäudes einerseits noch über einige Jahre festgelegt sei und insbesondere erst der Neubau der Kindertagesstätte erfolgen müsse, andererseits habe man auch schon perspektivisch eine andere Nutzung erwogen. So sei die Verwaltung im Dezember 2022 beauftragt worden, die Nutzung als eine Art Museum für „Wolbi, den Bogenschützen von Rheinbach“ zu prüfen. Er spricht sich dafür aus, das Ansinnen auf 2025 zu verschieben, weil man gerade erst die Priorisierungsliste für Hochbaumaßnahmen abgestimmt habe. Sollte das neue Baulandmanagement anlaufen, könne sich dieser Bereich damit befassen, wie diese Fläche bestenfalls zu vermarkten wäre.

Ratsherr Dr. Wilmers (SPD) kann den Antrag im Hinblick auf die Pflegesituation nachvollziehen. Allerdings hätten die städtischen Bemühungen der letzten Jahre, die Errichtung entsprechender Pflegeeinrichtungen baulich zu ermöglichen, nicht zum Ziel geführt. Vielleicht sollte man eher Nutzungsoptionen prüfen, wenn eine Nachfolge konkret wird. In diesem Jahr 20.000 Euro in eine Planung zu investieren, die nach gegenwärtigem Stand keine Aussicht auf Umsetzung hat, seien abwegig.

Ratsfrau Rentzsch (FDP) und Ratsherr Schneider (CDU) teilen die Einschätzung der Vorredner.

Niederschrift	11/22. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
Datum	Montag, 29.01.2024

Bürgermeister Banken ergänzt, dass der Ansatz, sich rechtzeitig Gedanken zu der Fläche zu machen, richtig sei. Dieses könne sinnvoll nach Bereitstellung alternativer Räumlichkeiten, insbesondere für die Kindertagesstätte erfolgen.

Beschluss																													
Die Verwaltung wird beauftragt, ein Nutzungskonzept für die Fläche der ehemaligen Albert-Schweizer-Schule zu erstellen. Dazu werden unter der Haushaltsposition INV22-0033 20.000€ bereitgestellt.																													
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimmen der UWG-Fraktion																													
	<table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <th>JA</th> <td></td> <td></td> <td>X</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <th>NEIN</th> <td>X</td> <td>X</td> <td></td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <th>ENTHALTUNG</th> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>		CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA			X				NEIN	X	X		X	X	X	ENTHALTUNG						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																							
JA			X																										
NEIN	X	X		X	X	X																							
ENTHALTUNG																													

TOP	5.5.2	Begleitantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 25.01.2024 zur Beratung des Haushaltsentwurfs 2024
-----	-------	---

Ratsfrau Koch (SPD) spricht sich für den Antrag aus, zur Errichtung von zwei touristischen Unterrichtstafeln auf der Autobahn A61, 15.000 € in den Haushalt einzustellen. Dies entspreche dem, was der Museumsbeirat des Glasmuseums vorgeschlagen habe.

Nachdem es keine weitere Wortmeldung gibt, lässt der Bürgermeister darüber abstimmen.

Zum Begleitantrag bezüglich der Attraktivitätssteigerung des Freizeitparks erklärt Fachbereichsleiter Rösner, dass der Ausschuss für Schule Bildung und Sport in seiner letzten Sitzung beschlossen habe, diese Angelegenheit zunächst zurückzustellen und diese bei der Aufstellung des integrierten Stadtentwicklungskonzepts zu berücksichtigen. Hintergrund sei die damit verbundene Möglichkeit, aus dem übergeordneten Konzept Fördermittel für Umsetzungsmaßnahmen zu generieren.

Ratsherr Dr. Lenke (Bündnis'90/Die Grünen) erklärt, dass man sicherstellen wolle, dass die Angelegenheit weiter vorangebracht werde. Soweit dies berücksichtigt würde und eine Ausfinanzierung vorgesehen sei, müssten die Mittel zweifellos nicht zusätzlich den Haushalt belasten.

Bürgermeister Banken erklärt, dass die Mittel derzeit nicht benötigt würden, zunächst allerdings erst das integrierte Stadtentwicklungskonzept aufgestellt werden müsse. Er gehe somit davon aus, dass der Ergänzungsantrag zurückgezogen würde, was von den antragstellenden Fraktionen bestätigt wird.

Niederschrift	11/22. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
Datum	Montag, 29.01.2024

Zum Begleitantrag zur Einführung von hybriden Sitzungen erklärt die Erste Beigeordnete Hoffmann, dass sich, unter Federführung der Stadt Rheinbach, eine interkommunale Arbeitsgruppe der linksrheinischen Kommunen gegründet habe, die sich mit allen Fragen beschäftige, die sich bei diesem komplexen Thema auftun. Sobald alle Aspekte geprüft seien, werde dem Rat ein belastbarer Beschlussvorschlag unterbreitet. Mittel seien für eine Umsetzung in 2024 eingeplant, eine Umsetzung aktuell allerdings nicht seriös einschätzbar.

Bürgermeister Banken ergänzt, dass er nicht davon ausgehe, hybride Sitzungen bereits in 2024 anbieten zu können. Neben den Fragen der Technik seien auch Bildrechte zu bedenken. Überdies fielen vermutlich zusätzliche Personalkosten an, da die Schriftführung nicht zeitgleich die technische Moderation der Sitzung übernehmen könne.

Ratsherr Dr. Lenke (Bündnis 90/Die Grünen) zeigt sich erfreut, dass die Verwaltung in der Sache schon tätig wurde und Mittel bereits in diesem Jahr zur Verfügung stehen. Man könne sich vorstellen, mit einem kleineren Ausschuss zu starten, ehe das Verfahren auf weitere Ausschüsse übertragen wird. Zusätzliche Mittel müssten nicht eingestellt werden, der Begleitantrag würde somit ebenfalls zurückgezogen.

Beschluss																																		
<p>Für Tourismusförderung, insbesondere für eine touristische Unterrichtungstafel („Braunes Schild) an der Autobahn A61, werden 15.000 € in den Haushalt eingestellt. Die Kosten für das Schild (inkl. Aufbau) belaufen sich auf ca. 8-10.000€, sowie Design und sonstiges. Ein entsprechender Antrag wird noch in den Ausschuss eingebracht.</p> <p>Die Deckung der veranschlagten Mittel erfolgt nicht wie im Antrag vorgesehen mit der Einsparung im Konto 5291070 „Maßnahmen der Stadtplanung“, sondern wird aus anderweitigen Haushaltsmitteln erfolgen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme der FDP-Fraktion</p> <table border="1" data-bbox="213 1541 1158 1715"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td></td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>X</td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>								CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA	X	X	X	X		X	NEIN					X		ENTHALTUNG						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																												
JA	X	X	X	X		X																												
NEIN					X																													
ENTHALTUNG																																		

Niederschrift	11/22. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
Datum	Montag, 29.01.2024

TOP	5.5.3	Begleitantrag der SPD-Fraktion vom 26.01.2024 zur Beratung des Haushaltsentwurfs 2024
-----	-------	---

Ratsherr Dr. Wilmers (SPD) stellt die Überlegungen zu dem Begleitantrag zur Einrichtung eines Kontos „Aufwendungen für den Wohnungsneubau dar und betont, dass es sich hierbei um eine Ermächtigung handle und die Mittel hierfür nicht zwingend verausgabt werden müssen.

Ratsherr Dr. Lenke (Bündnis 90/Die Grünen) verweist auf das Baulandmanagement. Dies sei aus seiner Sicht perspektivisch geeignet, städtische Flächen zu entwickeln. In diesem Zusammenhang könne man auch ein Konzept entwickeln, aus dem ggf. auch geförderter Wohnungsbau als eine Möglichkeit hervorgeht. Insofern bedürfe es derzeit nicht der zusätzlichen Bereitstellung eines Kontos für Wohnungsbauförderung mit 5.000 Euro.

Zu dem Begleitantrag zur Sanierung des 50m-Außenbeckens im Freizeitbad erklärt Ratsherr Dr. Wilmers (SPD), dass bei dem Volumen der beabsichtigten Investitionen im monte mare auch der Erhalt des Freibads berücksichtigt werden muss, da dieses eine besondere Bedeutung für die Bevölkerung habe.

Bürgermeister Banken geht davon aus, dass der Ausschuss im Anschluss die Budgetierung beschließt, weshalb Mittel für eine erforderliche Sanierung grundsätzlich zur Verfügung stehen würden und er deshalb über diesen Begleitantrag nicht abstimmen möchte. Dies findet allgemeine Zustimmung.

Auch der Begleitantrag zum Stellenbesetzungsplan wird zurückgezogen.

Beschluss						
Es wird ein Konto „Aufwendungen für den Wohnungsneubau“ im Ergebnis- und im Finanzplan eingerichtet und im Jahr 2024 mit 5.000 Euro dotiert und dem Produkt Dienstleistungen der Wohnungsbauförderung zugeordnet.						
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung von Bürgermeister Banken						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA		X				
NEIN	X		X	X	X	
ENTHALTUNG						X

Bürgermeister Banken führt zu den Beschlussvorschlägen der Verwaltung aus und fokussiert sich dabei auf den Hoch- und Tiefbau. Im Tiefbau stehen 2024 inklusive Ermächtigungsübertragungen 12,7 Mio. Euro zur Verfügung. Für den Hochbau sind dies inklusive Ermächtigungsübertragungen 24,1 Mio., in Summe für Hoch- und Tiefbau als 36,8 Mio. Euro.

Niederschrift	11/22. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
Datum	Montag, 29.01.2024

Die Kämmerei schlägt in Abstimmung mit dem Technischen Beigeordneten Bölinger vor, diesen Ansatz um 2,8 Mio. abzusenken, so dass ein Gesamtbudget von 34 Mio. Euro in 2024 bereitsteht.

Bürgermeister Banken schlägt dem Haupt- und Finanzausschuss als weiteren Beschluss vor, die Budgets für Tiefbau und Gebäudemanagement in 2024 auf 29,8 Millionen Euro zu beschränken und darüber hinaus gehende Beträge einer erneuten Beschlussfassung und Freigabe durch den Rat vorzubehalten.

Ratsherr Burke (CDU) stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Bürgermeister Banken unterbricht daraufhin um 19:40 bis 19:47 Uhr die Sitzung.

Ratsherr Pütz (CDU) erklärt für seine Fraktion, dass man die Budgetierung und die vom Bürgermeister vorgeschlagene Beschränkung auf 29,8 Mio. Euro mitträgt.

Nachdem zu den Beschlussvorschlägen keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss						
Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:						
1. Der Haushaltssatzung nebst Anlagen für das Haushaltsjahr 2024 wird zugestimmt (unter Berücksichtigung der Nachberatungsliste sowie der Beschlüsse zu den Haushaltsbegleitanträgen).						
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X		X
NEIN						
ENTHALTUNG					X	
2. Der Erweiterung der Deckungsfähigkeit innerhalb der Budgets der investiven Auszahlungen wird zugestimmt.						
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

3. Der Reduktion des Ansatzvolumens 2024 der neu gebildeten investiven Budgets um 2,8 Mio. € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

4. Die Budgets für Tiefbau und Gebäudemanagement dürfen in 2024 maximal in einer Höhe von 29,8 Millionen Euro ausgeschöpft werden. Darüber hinaus gehende Beträge bedürfen einer erneuten Beschlussfassung und Freigabe durch den Rat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP 5.6 Ermächtigungsübertragung für Investitionsauszahlungen des Jahres 2023

Beschluss

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Den Ermächtigungsübertragungen 2023 für Investitionen gemäß § 22 Kommunalhaushaltsverordnung wird auf der der Grundlage der vorgelegten Liste zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

Niederschrift	11/22. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
Datum	Montag, 29.01.2024

TOP	6	Grundstücksangelegenheiten
-----	---	----------------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

TOP	7	Bau- und Planungsangelegenheiten
-----	---	----------------------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

TOP	8	Anträge von Fraktionen und Ratsmitgliedern
-----	---	--

TOP	8.1	Antrag der UWG-Fraktion vom 08.11.2023 zum Dorfteich Ramershoven
-----	-----	--

Die Fraktionen teilen die Einschätzung, dass der Ramershovener Dorfteich von großer Bedeutung für die Ortschaft ist und freuen sich über das Engagement der Dorfgemeinschaft.

Der Bürgermeister wird gebeten, die Kosten des laufenden Betriebs zu prüfen und den Sachverhalt noch einmal dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen, sofern diese unverhältnismäßig hoch sein.

Dies sagt Bürgermeister Banken zu und stellt den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss																																		
<p>Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, dass in Rheinbach-Ramershoven ein Brunnen gebohrt und mit einer Wasserfontäne am alten Löschteich (Dorfweiher) ausgestattet wird. Die Verwaltung prüft vor der Umsetzung die in diesem Zusammenhang entstehenden Folgekosten.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und FDP</p> <table border="1" data-bbox="213 1509 1158 1686"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <th>JA</th> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td></td> <td></td> <td>X</td> </tr> <tr> <th>NEIN</th> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <th>ENTHALTUNG</th> <td></td> <td></td> <td></td> <td>X</td> <td>X</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>								CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA	X	X	X			X	NEIN							ENTHALTUNG				X	X	
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																												
JA	X	X	X			X																												
NEIN																																		
ENTHALTUNG				X	X																													

TOP	9	Mitteilungen des Vorsitzenden
-----	---	-------------------------------

Bürgermeister Banken informiert dazu, dass sich alle 19 Städte und Gemeinden im Rhein-Sieg-Kreises mit einer Resolution zur finanziellen Situation und der dringend gebotenen Ein-

Niederschrift	11/22. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
Datum	Montag, 29.01.2024

haltung des Konnexitätsprinzips an das Land NRW gewandt haben. Er hoffe, dass diese zu mehr führt, als die bisher eingeräumten Buchungsmöglichkeiten, denn es bedürfe dringend einer besseren finanziellen Ausstattung.

Da es keine weiteren Mitteilungen im öffentlichen Teil der Sitzung gibt, verabschiedet sich Bürgermeister Banken von den Gästen und Vertreter*Innen der Presse und stellt daraufhin die Nichtöffentlichkeit her.